©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
3. Jahrgang 1955 1. Heft/Januar

KARL DIETRICH ERDMANN

DIE GESCHICHTE DER WEIMARER REPUBLIK ALS PROBLEM DER WISSENSCHAFT

I

Die Geschichtswissenschaft steht in einem eigentümlichen Spannungsverhältnis zu ihrem Gegenstand. Sie sucht ihm nahe zu sein und zugleich fern. Nahe, als ob die Toten noch lebten und ihre Zukunft noch offen sei — fern, als ob die noch lebenden Mitspieler jüngst vergangener Geschichte schon entrückt seien in den Bereich des eindeutig Gewesenen, des Unabänderlichen. Was vergangen ist, holt sie in die Gegenwart, und das Gegenwärtige sieht sie an als das schon wieder Vergehende. In welchem frühen oder späten Jahrhundert sie immer ihren besonderen Gegenstand sucht, sie bleibt gebunden an das Gesetz der Nähe und Ferne. Je größer der natürliche Abstand von Zeit und Raum ist, ein um so höheres Maß an vergegenwärtigender Kraft wird von ihr verlangt werden, um verblaßte, vom grauen Nebel der Jahrhunderte verdeckte Farben zu neuem Leuchten zu erwecken und noch die Steine zum Reden zu bringen. Je näher der Gegenstand liegt, dem sie sich zuwenden möchte, um so mehr ist sie gehalten, Abstand zu gewinnen. Es ist sehr natürlich, diesen Abstand zunächst als einen rein zeitlichen zu sehen und sich zu fragen, welches wohl die minimale Spanne an Jahren sein müsse, die sich zwischen dem Betrachter und dem Geschehnis zu erstrecken habe, um eine historisch-wissenschaftliche Behandlung zu ermöglichen, die etwas anderes ist als nur ein historischer Kommentar zu „laufenden Ereignissen" (current events). Wenn man, wie man es mit Recht getan hat, als politische Gegenwart den Zeitraum bestimmt, in dem jeweils die Ältesten der noch Lebenden geschichtliche Verantwortung getragen haben, dann gelangt man zu einem halben Jahrhundert als der Zeitspanne, die erforderlich ist, um ein Geschehen historisch zur Reife zu bringen[1]. Wenn dieser Abstand gewonnen ist, so kann das Urteil beginnen, sich unabhängig zu bewegen von persönlichen und politischen Rücksichtnahmen. Die Quellen beginnen freier zu fließen. So läßt sich etwa beobachten, daß in England die diplomatischen Akten schubweise im Abstand von rund 50 Jahren aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes in das öffentliche Staatsarchiv verlagert und der Forschung

[1] Vgl. Zur Definition der „Gegenwart" als eines geschichtlichen Begriffs Peter Rassow, Der Historiker und seine Gegenwart, München 1948.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allgemein zugänglich gemacht werden, so daß die gegenwärtige Freigrenze im Jahre 1902 liegt.

An diesem Maßstab gemessen würde sich der gesamte Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen, in dessen erste Phase die Geschichte der Weimarer Republik fällt, der historischen Behandlung gegenwärtig noch entziehen. Und man braucht ja nur daran zu denken, daß das Schicksal der diplomatischen Akten der Weimarer Republik und die Gewährung eines freien Zugangs zu ihnen zur Zeit selbst Gegenstand diplomatischer Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den drei Westmächten sind, um zu sehen, was uns an Abstand zu jener Periode noch fehlt.

Jedoch bemißt sich geschichtlicher Abstand in der Zeit nicht nur chronologisch. Die Jahre haben ihr verschiedenes Gewicht und nicht nur ihre Zahl. Der Strom der Zeit, bald ruhig dahinfließend, bald zu Seen gestaut und wieder wild durch Engen und Schluchten dahinbrausend, stürzt je und dann in Katarakten hinab, um auf neuer Ebene seinen ungleichmäßigen Lauf fortzusetzen. Solche Zeitenstürze sind die Jahre der beiden Weltkriege. Die von ihnen eingeschlossenen beiden Dezennien sind auch dem aus verhältnismäßig zeitlicher Nähe auf sie gerichteten Blick bereits als eine geschichtliche Einheit erkennbar und darum auch als eine solche benennbar. Maurice Baumont, der die erste größere wissenschaftliche Darstellung der allgemeinen Geschichte dieses Zeitraums gegeben hat, gab seinem Buch den Titel „La faillite de la paix", der Fehlschlag des Friedens[2]. Das ist, wenn man von den 1919 gehegten Hoffnungen auf eine internationale Ordnung ausgeht, eine treffende Charakterisierung des Ergebnisses der 20 Jahre bis 1939. Man wird, wenn man an die Geschichte der innenpolitischen Verhältnisse denkt, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in all jenen europäischen Staaten, in denen die Verfassungsentwicklung von der Demokratie zur Diktatur führte, ebenso berechtigt sein, über jenen Zeitraum von 20 Jahren die Überschrift zu setzen „Der Fehlschlag der Freiheit". In dieser Feststellung des doppelten Scheiterns ist zugleich ein Grundproblem genannt, vor das sich die Forschung zur Geschichte der Weimarer Republik gestellt sieht, die Frage nämlich nach dem Verhältnis der äußeren und inneren Ordnung: ob die Freiheit zugrunde ging, weil es keinen echten Frieden gab, oder ob der Friede zerbrach, weil man die Freiheit preisgab.

Hier drängt sich sogleich eine andere Beobachtung auf: man braucht das Problem nur in dieser Formulierung auszusprechen, wie Friede und Freiheit in jenem Zeitraum, in dem beide scheiterten, aufeinander bezogen seien, um sich bewußt zu werden, wie sehr das, was sich als Frage der Wissenschaft an die deutsche Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen richtet, zugleich uns heute politisch bedrängt. Einen wie tiefen Schnitt in der deutschen Nationalgeschichte der zweite Weltkrieg mit dem Auseinanderbrechen der Reichseinheit bedeuten mag, universalgeschichtlich und sozialgeschichtlich sehen wir heute vielleicht deutlicher als unmittelbar nach dem Ende des Krieges, daß die Thematik der weltgeschichtlichen

[2] Maurice Baumont, La Faillite de la Paix (1918—1939). 2 Bde., 3. verb. und erw. Ausg. Paris 1951.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Periode, in der wir heute leben, früher begann. Mit Recht hat man, und zuletzt wieder Hans Rothfels in seinem einleitenden Aufsatz zu den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte, auf die epochensetzende Bedeutung des Jahres 1917 hingewiesen mit dem Doppelereignis der russischen Revolution und des Eingreifens der Vereinigten Staaten in den europäischen Krieg. Die Zeitgeschichte, die historische Periode, in der wir Heutigen leben, beginnt in jener universalhistorischen Konstellation, die in Deutschland Anlaß gab zur Koalition der drei Parteien, die den Weimarer Staat schufen. Man wird nicht, wie es bisweilen angesichts der Auflösung des traditionellen europäischen Mächtesystems geschieht, voreilig das Kennzeichnende der zeitgeschichtlichen Periode darin erblicken dürfen, daß der Gedanke des Mächtesystems überhaupt als eines Prinzips zwischenstaatlicher Ordnung endgültig abgelöst wäre durch einen machtpolitischen Dualismus oder gar durch eine unausweichliche Tendenz zur machtpolitischen Vereinheitlichung der Erde. Ebensowenig ist die soziale Revolution das durchweg Kennzeichnende der Periode. Wenn wir genau zusehen, wird nämlich in beiden Fällen die Vergangenheit von einer für wahrscheinlich gehaltenen Zukunftsentwicklung her beurteilt. Wenn wir uns nicht auf den schwankenden Boden historischer Prognosen begeben wollen, die ja immer von der schweigenden Voraussetzung ausgehen, daß in der jeweiligen Gegenwart unausweichlich eine bestimmte Zukunft eindeutig vorgezeichnet sei und also die anders Wollenden sich historisch ins Unrecht begeben, wenn wir also nicht einer fatalistischen Interpretation der Zeitgeschichte huldigen, so erscheint sie dem unbefangenen Blick eben gekennzeichnet durch Offenheit der Situation in Entscheidungsstunden, deren universal- und sozialhistorischer Grundzug die Begegnung und Auseinandersetzung zwischen überstaatlichen und nationalen, revolutionären und bürgerlichen Gestaltungskräften ist. So tiefgreifend daher der Unterschied zwischen der besonderen deutschen Lage heute und der Weimarer Republik sein mag, die Verklammerung des Heute und Gestern durch verwandte Grundprobleme ist so stark, daß jedes Urteil über Verhältnisse und Geschehnisse aus der Zeit der Weimarer Republik zugleich ein politisches Faktum ist. Es wäre eine Illusion zu glauben, daß sich ein Bild der deutschen Geschichte von 1918 bis 1933 gewinnen ließe, das nicht auf unser eigenes Schicksal heute bezogen wäre. Hier erhebt sich nun die Forderung nach historischer Distanz in einer dritten Bedeutung: die Forderung nämlich nach der Umwandlung des politischen Ja und Nein zu den Figuren des Dramas, so als wären wir Mitspieler, in ein wissenschaftliches Verstehen, das nach den Gründen fragt, warum die Menschen so verschieden handeln, und sich nicht scheut vor dem Vorwurf, daß alles verstehen alles verzeihen heiße. Wo der Gegenstand der Geschichte uns politisch noch so nahe angeht, daß das Gestern uns wie ein Heute erscheinen mag und wir selbst noch mitten im Getümmel stehen, da ist die Distanz, die vom Historiker gefordert wird, eine Distanz von sich selber, eine Analogie der wissenschaftlichen Haltung zu der des Glaubens, wie der Korintherbrief von denen spricht, „die da weinen, als weinten sie nicht; und die sich freuen, als freuten sie sich nicht" (1. Korinther 7, 29—30). Der Weg zur Gewinnung der Distanz aber wird beschritten durch

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einen bewußten Prozeß des Fragens. Wo die chronologische Distanz gering ist, wo wichtige Quellen noch verschlossen bleiben, wo die Nähe der geschichtlichen Situation den Beobachter unmittelbar teilnehmen läßt an dem Geschehen, so als könnte er noch nachträglich eingreifen in die Speichen des Rades, das doch schon eine Strecke weiter gerollt ist — da stellt der wissenschaftliche Distanzierungsprozeß, nämlich in solidarischem Bemühen der Forschung zutreffend formulierte Fragen anzustreben, eine notwendige propädeutische Leistung dar in Erwartung und Vorbereitung späterer voller Erkenntnis.

II

Die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der Weimarer Republik steht in ihrem Anfangsstadium. Die Stunde der Geschichtsschreibung, der breit gelagerten und tief begründeten, das deutsche Leben in diesem Zeitraum in allen seinen inneren und äußeren Bezügen umfassenden Darstellung, ist noch nicht gekommen. Wohl besitzen wir einige bemerkenswerte Bücher, die den Blick auf den Gesamtablauf dieses Abschnitts der deutschen Geschichte richten. Da sind einmal jene Schriften, die noch unmittelbar geprägt sind von der innerpolitischen Frontenstellung jener Zeit wie das von Friedrich Stampfer, dem Chefredakteur des führenden sozialistischen Blattes, der in einer Schilderung der 14 Jahre der ersten deutschen Republik mit den Gegnern seiner Sache ins Gericht ging[3], oder von Hermann Ullmann, einem Wegbereiter der konservativen Revolution, der 1933, ahnungslos über den Sturz des Weimarer Staates frohlockend, den Kampf gegen die Republik als Durchbruch zur Nation deutete[4], oder von Ferdinand Friedensburg, der in einem bereits 1934 fertiggestellten, aber erst nach dem zweiten Kriege veröffentlichten Werk einen Bericht über die Leistungen der bürgerlich-demokratischen Republik gab[5], und schließlich von Erich Eyck, der mit einem eben erschienenen ersten Bande über die Weimarer Zeit seine mit der Bismarckbiographie begonnene liberale Interpretation, oder soll man sagen Abrechnung mit der deutschen Geschichte seit der Reichsgründung fortgesetzt hat[6].

Und zum anderen ist da eine Gruppe von jüngst erschienenen oder im Erscheinen begriffenen Schriften, die in handbuchartiger, vornehmlich für Unterrichtszwecke gedachter Form den gegenwärtigen Bestand unserer Kenntnisse zusammenfassen. Ich denke hier an die Arbeiten von Hans Herzfeld[7] und Werner Conze[8].

---

[3] Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik. Offenbach 1947.

[4] Hermann Ullmann, Durchbruch zur Nation. Geschichte des deutschen Volkes 1919 bis 1933. Jena 1933.

[5] Ferdinand Friedensburg, Die Weimarer Republik. Berlin 1946.

[6] Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik. I. Bd. Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs. Erlenbach—Zürich und Stuttgart 1954.

[7] Hans Herzfeld gibt eine verhältnismäßig ausführliche Darstellung der deutschen Zeitgeschichte in: Die moderne Welt 1789—1945, II. Band, Weltmächte und Weltkriege, Die Geschichte unserer Epoche 1890—1945. Braunschweig 1952.

[8] Werner Conze, Die Weimarer Republik, in: Deutsche Geschichte im Überblick, herausgegeben von Peter Rassow. Stuttgart, 1953.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schließlich ist unter den Gesamtdarstellungen ein Werk zu nennen, das dem inneren Gewicht nach an die erste Stelle gehört, das aber, trotz seines Titels, keine gleichmäßige Behandlung der ganzen Periode, sondern im wesentlichen eine Untersuchung der revolutionären Phase von 1918 bis 1923 gibt, ich meine Arthur Rosenbergs 1935 in Karlsbad erschienene „Geschichte der deutschen Republik". Mit diesem Buch beginnt die wissenschaftliche Erforschung der deutschen Geschichte von 1918 bis 1933. Allerdings setzte sie in breiterem Maße erst nach 1945 ein.

Das lag einmal daran, daß nun mancherlei Quellen zu fließen begannen. Neben Dokumentenpublikationen öffneten sich die Schleusen für einen Strom von lange zurückgehaltener Memoirenliteratur. Bei aller Skepsis, die dieser Quellengattung und ihren Produkten sehr unterschiedlichen Wertes gegenüber geboten ist, wird — um ein Beispiel zu nennen — niemand mehr, der die innere Geschichte der deutschen Sozialdemokratie verstehen will, auf die kritische Auswertung der Erinnerungsbücher von Severing, Braun, Noske, Löbe und Leber verzichten können[9]. Der entscheidende Antrieb aber lag in der geschichtlichen Situation selber, wie sie sich nach dem Zusammenbruch und angesichts der Notwendigkeit ergab, einen Neubau unseres politischen Lebens in Angriff zu nehmen. Die Analogie zur Situation von 1919 drängte sich auf. Der damals errichtete Staatsbau hatte sich als nicht fest genug gefügt erwiesen. Wo lagen die Fehler der Konstruktion, im Gestänge der Verfassungsbestimmungen, im sozialen Gefüge, in der Wirtschaft, in den organisatorischen Formen unseres Parteiwesens? Lag der Grund für den Zusammenbruch der Republik überhaupt in ihrer inneren Brüchigkeit, oder war es die äußere Belastung durch den Versailler Vertrag und seine Auswirkungen, unter der die Pfeiler knickten? War es Schicksal oder menschliches Versagen? Alle Forschung zur Geschichte der Weimarer Republik steht mit Notwendigkeit — ausgesprochen oder unausgesprochen — unter der Frage nach den Ursachen ihres Zusammenbruchs. Freilich begegnen wir der Frage nach den Ursachen für das schnelle Ende der Republik noch in einer bestimmten wiederkehrenden Abwandlung. Während die Forschung, wenn anders sie nicht in einer Kollektivverurteilung der deutschen Geschichte enden will, notwendigerweise davon ausgeht, daß sich im Jahre 1933 ein Bruch in unserer Tradition vollzogen hat, welche Risse und Sprünge auch immer vorher schon vorhanden sein mochten, und wie tief in sie eingesenkt man die Wurzeln des Unheils erkennen mag, so haben wir in der historisch-politischen Literatur doch auch Stimmen der Verzweiflung oder des Hasses gehört, die das Jahr 1933 und das, wohin es geführt hat, das logische Gesamtergebnis, die Quintessenz der deutschen Geschichte nannten. Der Wechsel von der Republik zur Diktatur erschien dann nicht mehr als ein Bruch. Am radikalsten ist diese These formuliert in einer in England erschienenen Studie, die Scheele der deutschen Geschichte

[9] Carl Severing, Mein Lebensweg. 2 Bde., Köln 1950; Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949; Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie. Offenbach 1949; Paul Löbe, Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten. Berlin 1949, 2. veränderte und erw. Aufl. unter dem Titel: Der Weg war lang. Berlin 1954; Julius Leber, Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe, herausgegeben von seinen Freunden. Berlin 1952.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von 1918 bis 1933 gewidmet hat. Hier wird die Weimarer Republik selber — und nicht etwa ihre Gegner — zur „Ouverture des Dritten Reichs", wie der Buchtitel heißt, und zwar im Sinne seiner direkten Vorbereitung[10]. Man wird gut daran tun, selbst solch extreme Interpretationen mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis zu nehmen. Enthalten sie doch eine heilsame Warnung davor, den Zufall, das Schicksal oder noch massivere irrationale Mächte vorschnell in die Deutung des Geschehens einzubauen, statt geduldig in die Breite und Tiefe nach den erkennbaren Ursachen zu forschen.

Aus dieser Forschungsarbeit nun, geleitet letztlich von dem Bestreben, den Zusammenbruch zu ergründen, heben sich, wenn man die bisher vorliegenden Untersuchungen überblickt, drei besondere Themen vornehmlich heraus:

1. die revolutionäre Entstehungsphase der Republik,
2. die Endphase der Republik, d. h. die Zeit der Präsidialkabinette und ihre verfassungsgeschichtlichen Wurzeln,
3. die Frage des Zusammenhangs zwischen der innerpolitischen Entwicklung und der Belastung aus dem Versailler Vertrag.

Diese drei Gruppen sollen hier nacheinander betrachtet werden.

III

Arthur Rosenberg also sucht eine Antwort auf die Frage, warum die deutsche Republik versagt habe, in einer Untersuchung ihrer revolutionären Anfangsphase. Die wichtigste Quelle, die er hierfür, neben einer ausgedehnten Benutzung des statistischen und publizistischen Materials der Zeit, ausgeschöpft hat, sind die unveröffentlichten Sitzungsprotokolle des Rats der Volksbeauftragten, und dieser Umstand macht sein Werk auch heute noch unentbehrlich für das Studium der Zeit zwischen der Novemberrevolution und dem Zusammentritt der Nationalversammlung. Man wird auch die Offenheit anerkennen, mit der er, der langjährige USPD- und KPD-Abgeordnete und einer der Führer des linken Flügels seiner Partei, seine eigene politische Beurteilung der Dinge herausstellt, ohne sich hinter diesen zu verstecken. Seine einfache Deutung des Endes der Republik von ihrem Anfang her lautet, daß dieser Staat zugrunde gehen mußte, weil die soziale Revolution unterblieb, weil er die wirtschaftlichen und staatlichen Positionen, an denen die konservativ-monarchischen Kräfte ihren Rückhalt besaßen, unangetastet ließ, weil also der Großgrundbesitz nicht zerschlagen, die Bergwerke und die Stahlindustrie nicht nationalisiert, das Beamtentum in seinem Bestand nicht angetastet und vor allem die in der militärischen Auflösung des Zusammenbruchs liegende Chance vertan wurde, ein neues Heer auf revolutionärer Basis zu bilden. Damit meint er nicht, daß die deutsche Revolution den gleichen Weg hätte beschreiten müssen wie die russische. Im Gegenteil: die Einberufung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden verfassunggebenden Nationalversammlung, d. h. die Respektierung des Prinzips der Volkssouveränität, schien ihm aus der deutschen Lage ge-

[10] Godfrey Scheele, The Weimar Republic. Overture to the Third Reich. London 1946

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

boten, die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte jedoch nicht. Ihm schwebte eine Verbindung von beidem vor, ein Dualismus von Sowjetsystem und Konstituante, in dem die Räte die treibende, zwingende Kraft, und die Nationalversammlung das legalisierende Element darstellen sollten. Er wies auf München hin, wo unmittelbar nach Eisners Ermordung die kleinbürgerliche Mehrheit des Landtags unter dem Eindruck der Machtstellung der auf bewaffnete Arbeiter sich stützenden Räte eine sozialistische Regierung bevollmächtigt habe: „ein Modellfall für eine vernünftige Kombination zwischen Räten und dem verfassungsmäßigen Parlament"[11]. Deshalb hat er auch gegen die Verbindung der Sozialisten mit den bürgerlichen Parteien der Weimarer Koalition an sich keine Einwände, wäre doch in dieser Verbindung durchaus die Möglichkeit angelegt gewesen, den Umbau des gesellschaftlichen Fundaments, auf dem das Reich bisher geruht hatte, zu beginnen. Zentrum und Demokraten wären jedenfalls zu Beginn bei energischer sozialistischer Führung bereit gewesen, eine hohe Besteuerung des Privateigentums und die Nationalisierung der Schwerindustrie hinzunehmen. Wenn jedoch die revolutionären Ziele unerreichbar blieben, so deshalb, weil die Führer der Sozialisten, „ordentliche, ehrenwerte, hart arbeitende Männer, gänzlich des revolutionären Eifers entbehrten"[12]. Rosenberg sieht es vor allem als den entscheidenden Fehler an, daß man es versäumte, eine „allgemeine Volksbewaffnung" durchzuführen als Gegengewicht gegen die Freikorps. Nun wird man anerkennen müssen, daß Rosenbergs Feststellung richtig ist, der Weimarer Regierung habe jede Vorstellung einer im republikanischen Sinne konstruktiven Wehrpolitik gefehlt. Aber in wessen Hände wäre die Führung eines Volkes in Waffen geraten? Gab es in der damaligen Bürgerkriegssituation realiter eine dritte Möglichkeit zwischen Roter Armee und einer Reichswehr, für deren Führung man auf das Offizierskorps des kaiserlichen Heeres zurückgriff? Man braucht eine solche Frage nur zu stellen, um das Problem der unterbliebenen sozialen Revolution von einer echten geschichtlichen Entscheidungssituation aus zu beurteilen, die als solche primär gekennzeichnet ist nicht durch die menschlichen Qualitäten oder das Versagen der in ihr Handelnden, in der es auch nicht um gut und böse geht, in der es auch nicht um Erreichen oder Verfehlen eines idealen Zieles geht — das den Verantwortlichen in der Form der sozialistischen Republik vorschwebte —, sondern in der die Freiheit beschränkt ist auf die Wahl zwischen einem konkreten Entweder-Oder: die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps.

Die Weimarer Republik ist das Ergebnis eines sozialistisch-konservativen Zweckbündnisses. Rosenbergs These, daß sie deshalb zugrunde ging, weil sie nicht unterbaut wurde durch eine soziale Revolution, ist falsch, weil im Gegenteil der Fehlschlag der sozialen Revolution überhaupt die Vorbedingung dafür war, daß sie als das bestimmte historische Phänomen, als das sie vor uns steht, ins Leben trat.

[11] A. a. O., S. 95.
[12] Ebenda, S. 105.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Man mag bedauern, daß die revolutionäre Chance, die der Zusammenbruch der Monarchie bot, nicht ausgenutzt wurde. Das ist, von einer bestimmten politischen Überzeugung aus gesehen, ein durchaus legitimer politischer Kommentar zu jenen Vorgängen. Aber es ist keine historische Erklärung für das Scheitern der Republik, deren Wesen und Aufgabe, aus ihrer Entstehungsstunde ihr aufgeprägt, gerade in der Lösung des Problems einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen coincidentia oppositorum zu sehen ist.

Die Deutung, die Rosenberg dem Schicksal der deutschen Republik gab, hat Schule gemacht. Sie findet sich in mancherlei Variationen im neueren Schrifttum auf Schritt und Tritt wieder, neben anderen (wie Taylor, Scheele, L. Bergsträsser) auch in der unentbehrlichen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1914 bis 1921 von Berlau[13], sowie in einem Aufsatz des aus Österreich stammenden Eric E. Kollman in der Toronto Quarterly Review[14]. Dieser Aufsatz ist dadurch bemerkenswert, daß er — über die Wiederholung der Rosenbergschen These hinaus, und hierin berührt er sich mit einer neueren Arbeit Eschenburgs — die Frage stellt, ob denn der Versuch zur Errichtung einer liberalen Demokratie in Deutschland überhaupt dem geschichtlichen Moment entsprochen habe. Der soziale Träger des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus, der bürgerliche Mittelstand, kam in Westeuropa ein, zwei Jahrhunderte vorher zum Zuge. Als in Deutschland jedoch die liberale Demokratie sich in der Weimarer Republik ihr staatliches Haus baute, war ihre Weltstunde bereits vorbei. Kollmann weist hier auf die Spätphase der industriekapitalistischen Entwicklung im 20. Jahrhundert hin, mit ihrer Tendenz auf monopolistische Konzentration, auf Protektionismus und imperialistische Ausweitung, die den Menschen in politische und wirtschaftliche Probleme stellt, für deren Lösung man nach anderen Mitteln Ausschau halten mußte, als sie dem nationalstaatlichen Liberalismus gegeben waren. Da Deutschland im Jahre 1918 die Aufgabe, eine neue Form von Demokratie für einen modernen Industriestaat zu entwickeln, nicht gelöst habe, sei es in einer historischen Dialektik zum Prototyp der Gegenrevolution geworden. Mit dieser Frage und Feststellung ist ein Thema angeschnitten, das das soziologisch-politische Denken der Gegenwart stark bewegt, die Frage nämlich nach den Möglichkeiten und Bedingungen der Demokratie im modernen Massenstaat. Neben theoretischen und real-soziologischen Untersuchungen zu diesem Thema scheint es aber nun erforderlich, auch die Geschichte der Weimarer Republik als eines mißlungenen Experimentes der Demokratie unter den Bedingungen des industriellen Massenstaates zu durchforschen. Konkret etwa müßte man in Untersuchungen einzelner Regionen oder Institutionen die Bedingungen und Vorgänge der politischen Meinungs- und Willensbildung und der politischen Einflußnahme aufhellen. Solche Untersuchungen über die politische Meinungsbildung in den Gewerkschaften, ihre Stellung im Staate und ihren Einfluß auf das Geschehen in der Zeit der Entstehung der Weimarer

[13] A. Joseph Berlau, The German Social Democratie Party 1914—1921. New York 1949.

[14] Eric E. Kollmann, The historical Significance of the Weimar Republic. Univ. Toronto Quarterly, April 1947.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Republik sind im Gange bzw. stehen vor der Veröffentlichung. Die Stellung der Industrie und gewerblichen Verbände in Staat und Gesellschaft der Weimarer Zeit ist bei mehreren Autoren als Thema gestellt, aber als Aufgabe noch nicht befriedigend gelöst. Die Parteigeschichte beginnt ein Gegenstand der Forschung zu werden. Mehrere Untersuchungen liegen auch vor über die Frage der Bevölkerungsvermehrung und -schichtung, über die deutschen und europäischen Wanderungsbewegungen, die durch die politische Zerschlagung Ostmitteleuropas in Gang kam und das zur Vermassung drängende Fluktuieren der industriellen Bevölkerungsbewegung noch verstärkte. Für solche Arbeiten soziologisch-historischer Art ist noch unendlich viel zu tun. In dem Hinlenken auf diesen Typ von Untersuchungen darf man schließlich den positiven und fruchtbaren Gewinn sehen aus den im Schrifttum so weit verbreiteten Überlegungen zur Frage der unterbliebenen sozialen Revolution in der Entstehungsstunde der Republik.

Auch Eschenburg stellt die Frage nach dem geschichtlichen Zeitpunkt der Revolution[15]. Wenn sie für Kollmann sich verspätet vollzog als ein Nachfahre liberalbürgerlicher Staatsbildung in einer nicht mehr bürgerlichen Welt, so spricht — ohne daß das eine dem anderen widerspräche — Eschenburg beinahe umgekehrt von der improvisierten Demokratie. Das Charakteristische der Weimarer Verfassung gegenüber der des Bismarckreiches liegt in der parlamentarischen Kontrolle der Regierung. Diese Parlamentarisierung aber vollzog sich nicht erst nach der Revolution, sondern noch im kaiserlichen Deutschland, und zwar im Oktober 1918 plötzlich, gewalttätig beinahe, auf Verlangen der obersten Heeresleitung, als Voraussetzung für die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen, ohne daß diese Machtbefugnis des Parlaments von irgendeiner in die Breite und Tiefe gehenden politischen Bewegung im kaiserlichen Deutschland zum eigentlichen Hauptziel ihrer Forderungen gemacht worden wäre. Die Demokratisierung des Wahlrechts, namentlich in Preußen, hatte sehr viel mehr im Vordergrund der politischen Agitation gestanden als die Parlamentisierung der Regierung. Dies jedenfalls ist das Ergebnis der sorgfältigen Analyse des deutschen politischen Schrifttums seit ungefähr dem Jahrhundertbeginn, die Eschenburg vornimmt. Als die Weimarer Nationalversammlung die Verfassung baute, gab es keine Partei, die eine klare Vorstellung besaß über die Bedingungen der Wirksamkeit einer parlamentarischen Demokratie in einer modernen Industriegesellschaft.

Aus dem improvisierten Charakter der Weimarer Republik erklärt Eschenburg das Weiterbestehen feudal-monarchischer, obrigkeitsstaatlicher Reste in ihr, deren Position rechtzeitig zu zerstören man versäumt habe — hier erinnert sein Gedankengang an den von Rosenberg, wenn er auf Großgrundbesitz und Großindustrie, Heer und Beamtenschaft hindeutet. Er zeichnet folgende Kausalreihe, die Anfang und Ende, Improvisation und Versagen der Republik miteinander verbindet: „Zwischen den obrigkeitsstaatlichen und feudalen Elementen einerseits

[15] Theodor Eschenburg, Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik von 1919. Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte 1951. Als Einzelschrift in der Reihe „Geschichte und Politik" des U. Steiner Verlags, Schloß Laupheim, Württ.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und den Gruppen der schwarz-weiß-roten Front bestanden eine Fülle mehr oder minder sichtbarer, in ihrer Intensität graduell sehr unterschiedlicher Beziehungen. Sie schätzten, stützten und stärkten einander auf mannigfaltige Weise. Vom offenen Widerstand bis zur stillen Sehnsucht nach der Restauration, nach dem wohlgeordneten alten Obrigkeitsstaat, von der Angst um das Eigentum und vor dem Sozialismus, der vielen nur als eine gemäßigte Form des Kommunismus galt, bis zu autoritären und imperialistischen Spekulationen auf einen innerpolitischen Führer- und außenpolitischen Machtstaat waren alle Nuancen vorhanden. Die Reichspräsidentenwahl 1925 stellte gleichsam eine erste Kraftprobe in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen dar. Sie glich einer Wahl des Kaisers durch das Volk, sie war ein Plebiszit für den alten Obrigkeitsstaat. Als dieser „Ersatzkaiser" die antidemokratischen Wünsche seiner Anhänger nicht zu erfüllen sich geneigt zeigte, stimmten sie 1932 gegen ihn und für Hitler"[16]. So bringt er denn das Fazit seiner Untersuchung über die innere Widersprüchlichkeit der Republik von ihrer Geburtstsunde an — wobei er sich der Begriffssprache Gierkes bedient – auf die Formel, daß man es unternommen habe, einen Staat auf genossenschaftlicher Basis zu improvisieren „zu einer Zeit, als das Volk weithin einer herrschaftlichen Tradition verhaftet war".

IV

Die Stichhaltigkeit dieser These scheint sich aus dem tatsächlichen Ablauf der Endphase der Republik zu erweisen. Präsidialgewalt und Reichswehr entwickelten sich von verfassungsmäßig gebundenen zu obrigkeitlichen Institutionen. Aus dem ursprünglichen Verordnungsrecht des Reichspräsidenten, das in der Verfassung dadurch beschränkt war, daß es nur in einer Lage des öffentlichen Notstandes gelten sollte, wobei außerdem der Reichstag das Recht hatte, die erlassenen Notverordnungen wieder außer Kraft zu setzen, wurde das System der Präsidialkabinette durch eine Ausweitung des Notstandsbegriffs von der Situation des drohenden Bürgerkriegs auf den Gesamtbereich der Gesetzgebung, sowie durch Kombination des Notverordnungsparagraphen 48 mit den Artikeln 25 und 53, die dem Reichspräsidenten das Recht der Reichstagsauflösung sowie der Ernennung und Entlassung des Kanzlers gaben. Als theoretische und die tatsächliche Entwicklung vorwegnehmende Begründung hierzu lesen wir in Carl Schmitts in den zwanziger Jahren erschienenen Schrift über die Diktatur: „Der von Stände- und Klassenkampf erschütterte Staat ist seiner Konstitution nach in fortwährendem Ausnahmezustand und sein Recht bis ins letzte Element Ausnahmerecht. Wer den Ausnahmezustand beherrscht, beherrscht daher den Staat"[17]. Die beiden entscheidenden Schritte auf dem Wege zur präsidialen Diktatur sind die durch Brüning vollzogene Auflösung des Reichstags am 16. 7. 1930, nachdem dieser Reichstag soeben von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht hatte, die Notverordnungen des Kanzlers außer Kraft zu setzen, und fast zwei Jahre später am 30. 5. 32 die

[16] A. a. O., S. 210.

[17] Carl Schmitt, Die Diktatur, 2. Aufl. 1923, S. 17.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entlassung Brünings und Berufung Papens durch den Reichspräsidenten gegen den Willen der Reichstagsmehrheit. Die neuere verfassungsgeschichtliche Literatur hat den staatsrechtlichen und politischen Aspekt dieses Vorgangs behandelt. Daneben hat sie auf den Zusammenhang hingewiesen zwischen dieser Herausbildung einer präsidialen Abart des monarchischen Konstitutionalismus und der Entwicklung der deutschen Staatsrechtswissenschaft vom Positivismus der Gerber-Labandschen Schule bis zu Carl Schmitts Lehre vom totalen Staat[18].

Neben dieser Entwicklung der Präsidialgewalt und schließlich sich mit ihr verbindend, steht die Heraussonderung der Wehrmacht aus dem Gefüge der Republik als einer autonomen Körperschaft, die statt Instrument der Staatsführung zu sein, selbst bestimmend in den Gang der Dinge eingreift. Die Stellung der Reichswehr war laut Weimarer Verfassung so, daß sie dem Oberbefehl des Reichspräsidenten unterstellt war, dessen Anordnungen jedoch der Gegenzeichnung des Reichswehrministers bzw. des Kanzlers bedurften. Die eigentliche militärische Führung lag bei den Chefs der Heeres- und Marineleitung, die dem Reichswehrministerium eingegliedert waren, allerdings ohne deutliche Abgrenzung ihrer Kompetenzen gegenüber dem Minister. Es bestand also verfassungsmäßig zunächst eine doppelte Unterordnung unter die politische Staatsführung. Der Wegfall des obersten königlichen bzw. kaiserlichen Kriegsherrn bedingte jedoch andererseits, daß an Stelle des dezentralisierten Führungsmechanismus unter der Monarchie mit der Immediatstellung der kommandierenden Generale, des Generalstabschefs und der Inspekteure der Waffengattungen eine straffe Zentralisierung und Unterordnung der Führungsorgane unter die Chefs der Heeres- bzw. der Marineleitung stattfand. Es entsprach ganz diesem Bild der inneren Straffung und Verdichtung der Heeresorganisation, daß es ihr gelang, die Rekrutierung des Nachwuchses selbst in die Hand zu bekommen, und daß es andererseits nie, wie ursprünglich beabsichtigt, zur Ernennung eines parlamentarischen Staatssekretärs im Reichswehrministerium kam. Vielmehr wurde umgekehrt von der Reichswehr aus in der Einrichtung des sogenannten Ministeramts die Verbindung zur politischen Staatsführung hergestellt, eine Position, von der aus Schleicher dann so bestimmend in das Geschehen einzugreifen vermochte. Die Emanzipierung des Heeres von der politisch-parlamentarischen Kontrolle gelangte schließlich in einem System zur Vollendung, in dem die ebenfalls von Verfassungsbeschränkungen emanzipierte Präsidialgewalt in den Händen eines kaiserlichen Generalfeldmarschalls lag, den mit dem Heer wieder ein gegenseitiges Treueverhältnis verband, ein System, in dem das Heer selber seinen Minister und schließlich den Kanzler stellte. Auch diese Entwicklung ist zum Gegenstand zahlreicher Untersuchungen gemacht worden, zuletzt von dem englischen Historiker Wheeler-Bennett[19]. Allgemein sei zur Quellenlage über die Politik der Reichswehr hier vermerkt, daß aus Papieren und Dokumenten, die zum Teil aus dem Heeresarchiv in Potsdam stammen und jetzt

[18] H. Muth, Die verfassungsgeschichtlichen Grundlagen des totalen Staates. Gesch. in Wiss. und Unterricht (1950).

[19] John W. Wheeler-Bennett, The Nemesis of Power, London 1953. Deutsche Ausg. u. d. T.: Die Nemesis der Macht, Düsseldorf 1954.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Washington lagern, wertvolle einzelne Stücke bzw. Analysen in verstreuten amerikanischen und deutschen Zeitschriftenartikeln gebracht worden sind, so z. B. von Gordon Craig eine Studie über Groeners Politik 1928—1932[20]. Diese Studie wirft auch Licht auf die verhängnisvolle Rolle, die Schleicher beim Rücktritt Groeners und Sturz Brünings gespielt hat. Aber wir sind immer noch nicht imstande, ein wirklich sicher begründetes Bild der Motive und Konzeptionen dieses Mannes zu geben. War er ein Machiavellist, bereit das Spiel um die Macht gleich mit welchem Partner zu spielen, oder stand hinter seinem Versuch, in Verbindung mit den Gewerkschaften zu kommen, die Vorstellung eines echten sozialistisch-konservativen Bündnisses, wenn auch unter monarchistisch-konstitutionellem Vorzeichen, das schon einmal den Bestand des Staates gerettet hatte? Gleichviel: obwohl er nach dem Scheitern seines Versuchs, parlamentarischen Rückhalt zu gewinnen, vom Reichspräsidenten diktatorische Vollmachten verlangte, die in ihrer Konsequenz u. U. den Einsatz des Heeres gegen die Hitlerbewegung notwendig gemacht hätten — die Periode der Präsidialkabinette insgesamt ist in ihrer historischen Wirkung nicht nur zeitlicher Vorläufer, sondern ursächliche Hinführung zum 30. Januar 1933.

Es scheint mir jedoch eine falsche Blickrichtung zu sein und zu einer Verschiebung der historischen Proportionen zu führen, wenn man, wie es bisweilen geschieht, gebannt auf die autoritären Phänomene der Präsidialdiktatur und Reichswehrautonomie hinschaut und ihre Ansätze in die Weimarer Verfassung zurückverfolgt, ohne sich vor allem zu fragen, wodurch ihre Entwicklung ausgelöst wurde, also nach den Symptomen der Krankheit fragt, ohne auf ihre Wurzeln zu gehen.

Da ist zunächst an die einfache — es will scheinen heute vielfach vergessene — Tatsache zu erinnern, daß die Notverordnung erst dann zur Regierungsmethode wurde, als das Parlament in der ihm gestellten gesetzgeberischen Aufgabe versagte. Die Präsidialgewalt entwickelte sich in einem legislativen Vakuum, das in einem Reichstag entstand, der auf Grund der Wahlen von 1928 eine eindeutige republikanische Mehrheit aufwies und auf breiter parlamentarischer Basis unter sozialistischer Führung ein Kabinett der Großen Koalition gebildet hatte. Es ist bekannt, daß diese Koalitionsregierung an einem unausgleichbaren Gegensatz in der Frage der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zerbrach. Der Weg des Kompromisses wurde von den beiden Flügelgruppen der Koalition verworfen und der Kanzler fügte sich dem Fraktionszwang. Helga Timm hat in einer von der Kommission zur Erforschung der Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgebrachten Monographie diese Zusammenhänge dargelegt[21]. Arnold Brecht hat in einer Untersuchung, die zu dem besten gehört, was über die Geschichte der Weimarer Republik geschrieben worden ist[22], das Verhalten des

[20] Gordon Craig, Reichswehr and National Socialism. The policy of Wilhelm Groener 1928—1932. Polit. Science Quarterly 63 (1948), S. 194—229.

[21] Helga Timm, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930. Düsseldorf 1952. Neuerdings: W. Conze, Die Krise des Parteienstaats in Deutschland. HZ 178 (1954), S. 47—83.

[22] Arnold Brecht, Vorspiel zum Schweigen. Das Ende der deutschen Republik. Wien 1948

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kanzlers mit dem des englischen Labour-Premiers MacDonald verglichen, der, in der gleichen wirtschaftlichen Krisensituation stehend und angesichts einer ähnlichen Fraktionsforderung in der Frage der Verteilung der Soziallasten, nicht dem Kabinett, sondern der Partei den Rücken kehrte und in einer nationalen Koalitionsregierung sein Land durch die Krise steuerte. In Deutschland blieb nur der Weg der Notverordnung durch den nachfolgenden Kanzler Brüning, gegen den sich nun im Juli 1930 eine negative Majorität, gebildet aus den Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten, der Sozialisten und des größeren Teils der Deutschnationalen, wandte — was wiederum zur Auflösung des Reichstags führte und damit die Bahn zur Präsidialdiktatur ebnete.

V

Es ist nicht die Aufgabe des Historikers, anzuklagen und zu verteidigen, sondern zu verstehen. Und es ist nicht von ungefähr, daß an der — isoliert betrachtet belanglos scheinenden — Frage, ob die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um $^1/_2$% oder 1% erhöht werden sollten, die Koalition und letztlich die Republik zerbrach. Dahinter steht das gleiche Problem, das schon die erste Regierung der Großen Koalition unter Stresemann in der Situation des Abbruchs des Ruhrkampfes bewegte und das die ganze von Regierungen der Großen Koalition eingeleitete und beendete Periode der Stabilisierung der Republik und Prosperität der Wirtschaft überschattete, nämlich das Problem der Reparationen und ihrer innerdeutschen Lastenverteilung. Damit komme ich zu jenem dritten Hauptthema der Forschung, dem Zusammenhang zwischen dem Komplex „Auswirkungen von Versailles" und der politischen Entwicklung in Deutschland. Wer also sollte — das war die vordringlichste Frage, die sich nach Versailles stellte — die Last der Reparationen tragen? War es möglich, ohne wirtschaftlichen Substanzverlust den Reparationsverpflichtungen gerecht zu werden, indem die Last auf die Schultern der Arbeit abgewälzt wurde? Oder ließ sich umgekehrt der soziale Status der Arbeit, wie er durch das in seinen Elementen aufeinander bezogene System von Tarifverträgen, gesetzlicher Begrenzung der Arbeitszeit, Sozial- und Arbeitslosenversicherung abgestützt war, aufrechterhalten oder sogar noch weiter ausbauen, so daß die Reparationslast vornehmlich von Kapital und Eigentum zu tragen gewesen wäre?

Nach einer weit verbreiteten Anschauung ist ja doch diese Frage, das wirtschaftspolitische „Gleichgewichtsproblem" der Weimarer Republik, wie man es genannt hat, von untergeordneter Bedeutung gegenüber der Unausweichlichkeit, mit der die Reparationsverpflichtungen im Zusammenhang mit den sonstigen Substanzverlusten aus dem Versailler Vertrag die Wirtschaft des Reiches zunächst in die Inflation und dann in die Arbeitslosigkeit getrieben hätten und damit die Radikalisierung des politischen Lebens notwendig herbeiführten und den Weg für die Diktatur bereiteten. In der Tat, jedermann weiß es, wie verhängnisvoll sich die Inflation vor allem für den kleinen Mittelstand ausgewirkt hat, der seine Ersparnisse verlor und vor dem Absinken in eine proletarische Existenz sich an das Idealbild einer gerechten, über den Interessengegensätzen der Parteien stehenden Obrig-

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keit klammerte, die jedem das Seine läßt und in deren Bild sich Erinnerungen an die monarchische Vorkriegsordnung mit Zukunftshoffnungen zu der Gefühls- und Vorstellungswelt einer „konservativen Revolution" verbanden. So haben sich Theorie und Forschung mit dem Phänomen der deutschen Inflation beschäftigt und nach den Ursachen gefragt.

Von der marxistischen Deutung her, wie sie sich etwa bei Kuczynski findet[23], sind Geldentwertung und Inflation ein „gesetzmäßig ablaufender Prozeß der bis zum Monopolismus fortschreitenden Kapitalakkumulation in der letzten Phase des Kapitalismus", die Folgen der Inflation auf das Sozialgefüge demnach also Erscheinungen, die im Sinne des dialektischen Geschichtsprozesses liegen. Es ist nun allerdings eine nicht mehr bestrittene Tatsache, daß die Inflation, einmal im Gange, von der Spekulation ausgenutzt und damit weiter vorangetrieben wurde und daß gewisse Kreise von Unternehmern sich Versuchen einer frühen Stabilisierung entgegenstellten.

Damit ist jedoch noch nichts ausgesagt über den eigentlichen Ursprung von Geldentwertung und Inflation. Was ist überhaupt die primäre Erscheinung, die Entwertung oder die Vermehrung des Geldes? Die offizielle Version, vom Statistischen Reichsamt vertreten, von Helfferich und der nationalen Opposition verfochten, lautet, daß der Wertabfall der Mark der die Entwicklung treibende Faktor gewesen sei, seinerseits Folge von Reparationslasten und Ruhrbesetzung. Ein italienischer Forscher, Bresciani Turroni, ist diesen Zusammenhängen am gründlichsten nachgegangen in einem 1937 erschienenen Werk[24]. Seine sehr detaillierte Untersuchung zeigt nun in der Tat, daß ab Sommer 1922 sich die Entwertung der Mark spürbar auf die Vermehrung des Defizits im Reichshaushalt ausgewirkt hat. Jedoch — das ist sein Ergebnis — wird hier nur eine verstärkende Rückwirkung auf den Prozeß der Inflation spürbar, dessen eigentliche Ursache an anderer Stelle gesucht werden muß: die deutsche Finanzpolitik war im ersten Weltkrieg den Weg gegangen, die Kriegskosten nicht durch Steuererhöhung zu decken, sondern durch Anleihen, und in dem Maße, wie deren Ergebnis hinter dem Bedarf zurückblieb, durch Reichsschatzanweisungen, die bei der Reichsbank diskontierbar waren, d. h. also durch Geldschöpfung. Den gleichen Weg beschritt die Reichsregierung zur Finanzierung des passiven Widerstandes an der Ruhr, wobei dann die Umlaufgeschwindigkeit, mit der die Schatzanweisungen infolge des schwindenden Reichskredits zur Diskontierung bei der Reichsbank vorgelegt wurden, sich ständig steigerte und die Inflation in solche Ausmaße hineintrieb, daß sie nur noch durch die Beendigung des Widerstandes an der Ruhr abgefangen werden konnte. Bresciani weiß natürlich, in welchem Maße das Defizit im Reichshaushalt durch die Reparationsverpflichtungen vertieft wurde.

---

[23] Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. Bd. I 1800—1932. Berlin 1947.
Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946. 2. Aufl. Meisenheim 1948.

[24] Constantino Bresciani-Turroni, The economics of inflation. A study of currency depreciation in post-war Germany. London 1937.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß daraus eine Inflation wurde, die die deutsche Wirtschaft an den Rand des Abgrundes brachte, darin sieht er jedoch nicht das Ergebnis eines in der Lage gegebenen Automatismus, sondern einer falschen Finanzpolitik. Dabei stellt er übrigens — und das ist für die politisch-historische Betrachtung der Sache bedeutsam — ausdrücklich fest, daß es irrig wäre, in der Entwertung der Mark das Ergebnis einer Konspiration der reaktionären und nationalen Parteien zu sehen mit dem Zweck, die republikanische Regierung zu diskreditieren. Es mag sein, daß die Kontroversen der Finanzwissenschaft um die Frage, in welchem der beiden Faktoren der stärkere Antrieb für den sich immer schneller drehenden Kreisel von Geldentwertung und Geldvermehrung gelegen habe, weiter gehen werden. Jedenfalls zeigt die differenzierende Behandlung des Problems bei Bresciani, daß es einen Ansatzpunkt gab, in den Wirbel einzugreifen.

Leider besitzen wir noch keine Gesamtdarstellung des Reparationsproblems, die seiner nach außen und nach innen gewendeten Seite unter wirtschaftlichem und politischem Aspekt in gleicher Weise Rechnung trüge. Die Bücher von Schacht[25] und Curtius[26] sind Kontroversliteratur, der wertvolle Überblick von Ronde[27] vorwiegend eine Dokumentensammlung. Wohl aber hat sich die Finanzwissenschaft erneut mit dem Problem beschäftigt, in welchem Zusammenhang in der Periode der Stabilisierung, also in den Jahren 1924—1930, die Reparationen mit den nun breit von Amerika hereinströmenden Anleihen gestanden haben. Schumpeter[28] hat gegen Schacht die These aufgestellt, daß die Funktion der Anleihen nur in zweiter Linie und nicht primär darin bestanden habe, die nötigen Devisen für die Reparationszahlungen zu beschaffen, in erster Linie jedoch in der Erhöhung des Kapitalspiegels für die deutsche Wirtschaft selber. Von anderer Seite hat man auf diesen Zusammenhang den Röpkeschen Begriff der „zurückgestauten Inflation" angewendet, um damit hervorzuheben, in welchem Grade die deutsche Wirtschaft auch in dieser Periode anscheinender Gesundung labil blieb, so daß ein Dammbruch aus verhältnismäßig geringem Anlaß entstehen konnte[29]. Zu welchem Ergebnis die Finanzwissenschaft schließlich in der Erörterung dieses Problems gelangen wird, so viel darf festgehalten werden, daß es gesehen werden muß auf dem Hintergrund einer Strukturverschiebung in der Weltwirtschaft. Seit dem ersten Weltkriege begannen die USA die Rolle des Weltbankiers zu übernehmen, die Großbritannien in der liberalen Welt des 19. Jahrhunderts gespielt hatte, mit dem Unterschied, daß die protektionistische USA-Wirtschaft, die zudem von Natur aus in geringerem Maße als es bei England der Fall war, der Importe bedarf, ihren Schuldnern weniger Gelegenheit gab, durch Exporte beim Gläubiger Zinsen und Amortisation zu ver-

[25] Hjalmar Schacht, Das Ende der Reparationen. Oldenburg 1931.

[26] Julius Curtius, Der Young-Plan. Entstellung und Wahrheit. Stuttgart 1950.

[27] Hans Ronde, Von Versailles bis Lausanne. Der Verlauf der Reparationsverhandlungen nach dem ersten Weltkrieg. Stuttgart und Köln 1950.

[28] J. A. Schumpeter, Business Cycles. A theoretical, historical and statistical analysis of the capitalist process. 2 Bde., New York und London 1939.

[29] Werner Gebauer, Wirtschaftspolitische Probleme der Weimarer Republik. Jahrbuch f. Soz. Wiss. 2/1951, H. 2/3.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dienen. Von dieser Auswirkung der Strukturverschiebung war aber nicht Deutschland allein betroffen! Die von Amerika 1929 ausgehende Krise zog ihre Ringe um den Erdball mit der gleichen Erscheinung von Massenarbeitslosigkeit in den großen Industrieländern, wobei für Deutschland die Reparationen, für die westeuropäischen Länder die interalliierten Kriegsverschuldungen spezifische Momente der Mitverursachung darstellten. Wenn die Weimarer Republik im Unterschied zu anderen europäischen Ländern mit der Belastung durch die Wirtschaftskrise im Innern politisch nicht fertig wurde, d. h. wenn die Große Koalition zerbrach und die Meinungen sich nach rechts und links hin radikalisierten, so wird man den Grund hierfür also zunächst einmal auf dem besonderen innerpolitischen Felde Deutschlands zu suchen haben.

Überhaupt kommt man, wenn man den Gesamtverlauf der innerpolitischen mit der außenpolitischen Entwicklungslinie der Republik vergleicht, zu der Feststellung, daß das Funktionsverhältnis der beiden nicht durch die Logik, daß die Geschichte nicht durch die Vernunft beherrscht wird. In der schrittweisen Liquidation der Reparationen, in der Befreiung des Rheinlandes, in der Wiedergewinnung einer Partnerstellung im Kreise der europäischen Mächte hatte die Außenpolitik der Republik schwer errungene, aber echte Erfolge als Anfang einer restauratio in integrum aufzuweisen. Innerpolitisch ist sie darüber zugrunde gegangen, nicht nur weil die sich berührenden Extreme rechts und links Verrat schrien, sondern vor allem weil die Koalitionsgenossen über dem Streit um die anteilmäßige Verteilung des zu tragenden Kaufpreises miteinander verfielen. Dies ist ja die große Spannung, in der sich das Leben Stresemanns, als wahrhaft tragische Figur in den letzten Jahren von Biographen wiederholt geschildert, verzehrte. Zu den wichtigsten Grundelementen der im Gesamtergebnis erfolgreichen Außenpolitik der Republik gehört der Fragenkomplex, den man mit dem Wort Rapallo bezeichnet. Trotz der kürzlichen Veröffentlichung einiger sehr nützlicher Studien und aufschlußreicher Erinnerungen hierzu werden gerade diese Zusammenhänge erst dann wirklich erfaßt werden können, wenn wir unsere Akten wieder in Händen haben.

VI

Das Ergebnis der bisherigen Überlegungen ist folgendes:

1. Die These, daß die Weimarer Republik schon von Anfang an zum Untergang prädestiniert gewesen sei infolge des Ausbleibens der sozialen Revolution, läßt sich nicht halten. Denn im Gegenteil war die Bedingung ihres Entstehens die Niederwerfung der sozialen Revolution durch ein Zusammenwirken sozialistisch-demokratischer und konservativ-militärischer Kräfte. Diese These weist jedoch auf die Notwendigkeit soziologisch-historischer Studien hin, um die gesellschaftliche Basis der Republik und die in ihr vorgegangenen Veränderungen zu erhellen.

2. Auch die These, daß die Weimarer Republik an den in ihrer Verfassung enthaltenen und in der Endphase voll in Erscheinung getretenen obrigkeitsstaatlichen Elementen zugrunde gegangen sei, läßt sich nicht halten. Denn die Präsidialdikta-

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tur konnte sich nur in dem gesetzgeberischen Vakuum entwickeln, das durch einen Vorgang entstanden war, den man geradezu als die Selbstausschaltung des Parlamentes, und zwar nicht der republikfeindlichen, sondern der republikanischen Potenz selber, also des genossenschaftsstaatlichen Elements der Verfassung, bezeichnen kann. Die mit dieser These im Zusammenhang stehenden Untersuchungen haben jedoch das Verdienst, das institutionelle Rückgrat der Weimarer Republik durchleuchtet zu haben.

3. Das Versagen des genossenschaftsstaatlichen Elements vor dem inneren wirtschaftlichen und politischen Gleichgewichtsproblem läßt sich nicht, bei aller Schwere der Belastung, aus dem Ursachenkomplex der wirtschaftlichen Auswirkungen von Versailles erklären. Zudem ist die außenpolitische Bilanz der Weimarer Republik insgesamt gesehen positiv.

Durch diese Überlegungen wird der Blick hingelenkt auf diejenigen Elemente des Weimarer Staates, durch die er nicht ein Sonderfall ist in den Weltexperimenten der sozialen Revolution und der Demokratie — obwohl er dies beides auch ist — oder, um hier Worte Rankes aus dem politischen Gespräch zu verwenden, durch die er „nicht eine Abteilung des allgemeinen, sondern wodurch er Leben ist, Individuum, er selber", und auf diejenige Periode, in der dieser besondere Staat am sichtbarsten die Chance hatte, er selbst zu sein, nämlich das Mittelstück seiner Entwicklung, die Jahre der Stabilisierung zwischen Inflation und Wirtschaftskrise. Arnold Brecht hat in seiner Schrift „Vorspiel zum Schweigen" den für die Weimarer Republik charakteristischen Sachverhalt mit Präzision beschrieben, nämlich: die Weimarer Koalitionsparteien verloren bereits im ersten Reichstage die Majorität, die sie in der Nationalversammlung besessen hatten, ohne sie je wiederzuerlangen. Also hätten, wenn die Spielregeln der westlichen Demokratien im Wechsel der Verantwortung zwischen Regierungspartei und Opposition Geltung gehabt hätten, die Rechtsparteien das Kabinett bilden müssen. Aber auch sie erhielten, solange die Republik bestand, niemals die Mehrheit. Der Grund hierfür lag in dem Vorhandensein der kommunistischen Stimmen, die beiden Parteigruppen, der Weimarer Koalition wie den Rechtsparteien, in gleicher Weise grundsätzlich ablehnend gegenüberstanden und eine homogene Mehrheitsbildung im Reichstag unmöglich machten. Das Funktionieren des parlamentarischen Mechanismus der Republik war also davon abhängig, daß entweder homogene Minderheitsregierungen von Fall zu Fall die Unterstützung auch anderer Parteien erhielten, also etwa die Weimarer Koalitionsparteien die Unterstützung der DVP oder eine bürgerliche Koalition die Unterstützung der Sozialisten, oder aber daß parlamentarische Mehrheiten als Regierungsbasis aus nicht homogenen Parteien gebildet wurden. Beide Wege sind beschritten worden, der letzte in der doppelten Weise der bürgerlichen Rechtskoalition (vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen) oder der Großen Koalition (von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei). In jedem Falle mußte man über den Graben springen, der die Parteien der Weimarer Koalition von den Rechtsparteien trennte — ob nun demokratische Katholiken des Zentrums mit protestantischen Monarchisten der Deutschnationalen sich verbanden oder die in

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SPD und DVP vertretenen Arbeiter und Unternehmerinteressen einen Ausgleich suchten. Das Lebensgesetz dieses besonderen Parlamentarismus in der Weimarer Republik, die Norm seiner Existenz, war also angesichts der prinzipiellen Negation der kommunistischen Stimmen gegenüber beiden Parteigruppen, gegenüber den demokratisch-sozialistischen wie gegenüber den konservativ-monarchistischen, ein kategorischer Imperativ des Ausgleichs, und zwar nicht zwischen benachbarten, sondern zwischen entgegengesetzten Interessen und Überzeugungen, eine undogmatische Staatsgesinnung, in welcher Wirtschaft- und Staatstheorie, ja sogar die Frage der Staatsform zurücktrat gegenüber der Bezogenheit auf ein Drittes, das Ranke das „Real-Geistige" des Vaterlandes nannte. Der Gültigkeit dieses Gesetzes hat die Weimarer Republik ihre Entstehung verdankt. Sie hat von ihm gelebt bis zu dem Zeitpunkt der Selbstausschaltung des Parlaments.

Dies Gesetz, nach dem sie angetreten, ist während der turbulenten Anfangsjahre der Republik am deutlichsten von Ernst Troeltsch in seinen Spectator-Briefen gesehen und ausgesprochen worden. Dem Analytiker der geistigen Situation des Historismus, dem sich aus einem differenzierten Bewußtsein von der vielfältigen Schichtung der europäischen Traditionen die Aufgabe stellte, aus der Geschichte in der Verantwortung für den gegenwärtigen Augenblick den verbindlichen Wert einer Kultursynthese herauszuheben, einem solchen Denker mußte die politische Aufgabe sich als Forderung nach Koordinierung des Gegensätzlichen in dem Medium eines historisch gesättigten Staats- und Kulturbewußtseins ergeben. Aber Troeltsch hat den zweiten Band des Historismus-Buches nicht geschrieben. Er hat die selbstgestellte Forderung, „Geschichte durch Geschichte zu überwinden", ausgesprochen, aber nicht eigentlich ausgeführt. Man wird sich fragen müssen, ob es nicht analoge Gründe sind, die das Werk von Ernst Troeltsch und das bürgerliche Staatsbewußtsein in der Weimarer Republik Fragment bleiben ließen. Für eine Geschichte des Bürgertums und seines politischen Schwundes in der Zeit der Republik würden empirische Untersuchungen über die Universitäten unter der Fragestellung Politik und Wissenschaft ein notwendiger Beitrag sein. Mit soziologischen Kategorien allein ist hier nicht auszukommen. Überhaupt scheint es mir eine an das Grundproblem der Weimarer Republik heranführende Forschungsaufgabe zu sein, den Verflechtungen und Bezogenheiten der Staatsgesinnung und ihres Verfalls von den Sozialisten bis zu den Konservativen nachzuspüren. Wir brauchen Monographien über die Parteien, die von dieser Frage ausgehen, ähnlich wie etwa für die Entwicklung des deutschen Sozialismus unter der Weimarer Republik die eindrucksvollen Gefängnisaufzeichnungen Julius Lebers von dieser Fragestellung bewegt sind. Der ganze Raum des Konservativismus ist noch so gut wie unerfoscht. Hierhin gehört auch die Frage nach dem Verhältnis der Kirchen zu dem Problem der Demokratie in der Zeit der Weimarer Republik.

Die Frage stellt sich für die Konfessionen in verschiedener Weise. Man könnte sie so formulieren: was bedeutet es für den Verlauf und den Ausgang des in Deutschland durch die Weimarer Republik durchgeführten freiheitlichen Staatsexperimentes, daß die politischen Sympathien des Protestantismus, geleitet vom

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bild der konstitutionellen Monarchie, in der Republik im allgemeinen auf eine Stärkung der autoritären Elemente ausgingen, während die evangelischen Kirchen selbst in formaler Analogie zur Demokratisierung des Staatslebens die Gemeinde und das synodale Element zu ihrem eigenen grundlegenden Organisationsprinzip machten, wofür die entscheidenden Ansätze keineswegs erst im Wegfall des Summepiskopats in der Revolution zu suchen sind; und was bedeutet es ferner, daß der Katholizismus nach dem Sturz der Monarchie im allgemeinen ein positives Verhältnis zum Faktum der politischen Demokratie der Weimarer Republik entwickelte, obwohl sich das innere Organisationsprinzip der hierarchischen Kirche seit dem 19. Jahrhundert im Gegensatz zum liberal-demokratischen Zeitgeist von der verstärkten pontifikal-monarchischen Autorität des Papstes herleitete? Es verlohnte sich zu untersuchen, wie weit es hiermit zusammenhängt, daß das Verhältnis beider Konfessionen zur Demokratie und damit ihr Beitrag zum republikanischen Staatsbewußtsein spannungsreich und weder in dem einen noch in dem anderen Fall eindeutig war. Die besondere Bedeutung dieser Frage liegt darin, daß die Kirchen Integrationspunkte sind oder sein wollen, auf die hin sich soziale und politische Gegensätze zusammenzuordnen vermögen — von den religiösen Sozialisten bis zu den Anhängern einer monarchischen Restauration, von den christlichen Gewerkschaften bis zu denen, die mit korporativen und autoritären Lösungen sympathisierten — so sehr auch die Integrationsform und -Intensität nach der Konfession oder nach der Art der Gegensätze variieren mag. Von dem Charakter des polaren Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, davon, ob es anziehend oder abstoßend ist, hängt es ab, ob das Integrationsvermögen der einen Potenz der anderen mit zufließt.

Diese Andeutungen mögen zeigen, wie weit das Feld sich ausdehnt, das noch zu bestellen ist. Die Erforschung der Weimarer Republik steht erst an ihrem Anfang. Von mannigfachen Ansatzpunkten aus sind die Wege zu dem Grundproblem dieser geschichtlichen Erscheinung zu bahnen: der Frage nämlich, warum der deutsche Versuch einer freiheitlichen Staatsgestaltung so bald in sich zusammenbrach. Die Richtungen von einigen dieser Wege, die schon beschritten wurden, oder die zu beschreiten sich verlohnen könnte, wurden angedeutet. Es mag dabei bisweilen scheinen, als ob das Ziel dem Suchenden entrückt wird, je mehr er sich bemüht, es wissenschaftlich zu ergreifen. Aber die Entstehung dieser Distanz durch den Prozeß des Fragens ist wohl notwendig für eine Forschung, die es mit der Erkenntnis eines Dramas zu tun hat, das uns so nahe steht, weil die Frage, um die es gestern ging, uns heute erneut bewegt.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte